

05.06.91

Antrag

des Landes Baden-Württemberg

zum

Gesetz zur Förderung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen im Beitrittsgebiet sowie zur Änderung steuerrechtlicher und anderer Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1991 - StÄndG 1991 -)

Punkt 2 der 631. Sitzung des Bundesrates am 7. Juni 1991

Der Bundesrat möge folgende EntschlieÙung fassen:

Der Bundesrat sieht in dem vorliegenden Gesetzentwurf einen wesentlichen Schritt zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen privater Investitionen im Beitrittsgebiet. Er hält die durch das Gesetz erfolgende Verbesserung der Wohnungsbau- und Wohnungseigentumsförderung, sowie die Korrektur des Familienlastenausgleichs für die noch nicht bestandskräftigen Steueranlagen der Jahre 1983 bis 1985 für dringend geboten.

Er spricht sich deshalb dafür aus, dem Gesetz zuzustimmen und den Vermittlungsausschuß nicht anzurufen. Dieser Beschluß des Bundesrates ergeht jedoch in der Erwartung, daß es im Zuge eines noch vor der Sommerpause 1991 in Arbeit zu nehmenden Steueränderungsgesetzes 1992 zu

- Beschlüssen über eine weitere steuerliche Entlastung der Familien mit Kindern und zu einer einkommensteuerlichen Freistellung des Existenzminimums
- einer Steigerung der Wirksamkeit der steuerrechtlichen Förderung des Wohnungsbaus, insbesondere des selbstgenutzten Wohneigentums

kommt

Ausgeliefert am 05. JUNI 1991

- 2 -